

Karlsruher Kampfeinsatz für Butros Ghali

Die Verfassungsväter haben es sich bestimmt nicht vorgestellt, daß eines Tages der leibhaftige UN-Generalsekretär in Karlsruhe erscheinen werde, um für eine der streitenden Parteien auszusagen. Absurd? Vielleicht. Zwangsläufig? Gewiß. Denn was Sache der Deutschen in der Weltpolitik sei, ist inzwischen eine höchstrichterliche Angelegenheit geworden. Und da ist es ganz logisch, daß UN- Chef Butros Ghali am Mittwoch nach Bonn kommen und dann einen 'Ausflug' nach Karlsruhe machen will.

Das jedenfalls ist sein Angebot an den Kanzler, und der wird es wohl mit Freude

annehmen. Die Gerichtsstrategie der Regierung ist offenkundig. Sie will den Somalia-Einsatz der Bundeswehr nicht so sehr verfassungs- als weltpolitisch rechtfertigen. Denn die alte Begründungstaktik - daß Somalia keinen Kampfeinsatz bedeutete - läßt sich angesichts der offenkundigen Schießereien (die übrigens im ganzen Land drohen) nicht mehr halten. Und deshalb gilt jetzt das Argument, daß die gesamte Somalia-Operation zusammenbrechen werde, wenn die Deutschen per Gerichtsbeschluß zu Hause bleiben müßten. Da träfe sich gut, wenn Butros Ghali mit dem ganzen Gewicht seines Amtes für

die Bonner aussagen würde.

Mag sein, daß Karlsruhe in der Sache wieder nicht entscheidet, sondern wie bei AWACS erst einmal 'ja' sagt, weil es die Gesamtinteressen der Republik nicht gefährden will. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben; vom Adria- über den AWACS- bis zum Somalia-Einsatz muß in der Hauptsache noch geurteilt werden. Es wäre besser, wenn diese urpolitische Frage politisch entschieden würde - zum Beispiel mit einer qualifizierten Bundestagsmehrheit für Kampfeinsätze, wie sie Klaus Kinkel vorschlägt.

jj